

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **14. Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Riedau am 16. November 2017.**

Tagungsort: Marktgemeindeamt Riedau

Anwesende:

- | | |
|---|------------------------------|
| 01. Bürgermeister Franz Schabetsberger als Vorsitzender | |
| 02. Vizebgm. Johann Schmideder | 15. GR. Marco Mendl |
| 03. GV. Klaus Mitter | 16. GV. Franz Arthofer |
| 04. GR. Karl Kopfberger | 17. GR. Karin Eichinger |
| 05. GR. Monika Tallier | 18. GR. Michael Schärfl |
| 06. GR. Gerhard Payrleitner | 19. GR. Roswitha Krupa |
| 07. GR. Brigitte Ebner | 20. GR. Bernhard Rosenberger |
| 08. GR. Ing. Thomas Klugsberger | 21. |
| 09. 2. Vizebgm. Heinrich Ruhmanseder | 22. |
| 10. GV. Brigitte Heinzl | 23. |
| 11. GR. Michael Desch | 24. |
| 12. GR. Hargaßner Philipp | 25. |
| 13. GR. Günter Humer | |
| 14. GR. Christian Dick | |

Ersatzmitglieder:

- | | | |
|---------------------------|-----|------------------------|
| GR. Romana Egger | für | GR. Elisabeth Jäger |
| GR. Viktor Schabetsberger | für | GR. Andreas Schroll |
| GR. Gerhard Berghammer | für | GR. Wolfgang Kraft |
| GR. DI Franz Mitter | für | GR. Klaus Trilsam |
| GR. Fritz Raschhofer | für | GV. Reinhard Windhager |

Der Leiter des Gemeindeamtes: AL Katharina Gehmaier

Sonstige Personen (§ 66 Abs. 2 OÖ. GemO.1990):

Es fehlen:

entschuldigt:

- GR. Elisabeth Jäger
- GR. Andreas Schroll
- GR. Wolfgang Kraft
- GR. Klaus Trilsam
- GV. Reinhard Windhager

unentschuldigt:

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 OÖ. GemO. 1990): AL Katharina Gehmaier

Der Vorsitzende eröffnet um 20:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;

b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder

zeitgerecht am 08.11.2017 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;

der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 54 Abs. 1 OÖ. GemO 2002) enthalten ist und die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht per mail am 11.05.2017 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;

die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel Tage öffentlich kundgemacht wurde;

c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;

d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 21.09.2017 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift von jenen Gemeinderatsmitgliedern und Ersatzmitgliedern, welche an der betreffenden Sitzung teilgenommen haben bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

e) Folgender **Dringlichkeitsantrag** wurde gemäß § 46 Abs. 3 OÖ. GemO 2002 eingebracht:

Unterschriften Sitzungsprotokoll (Windhager, Ruhmanseder, Arthofer, Rosenberger)

Sodann gibt die Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Tagesordnung:

1. Beratung und Beschlussfassung betreffend Sanierung des Verbandssammlers (RHV).
2. Genehmigung einer Resolution betreffend Abschaffung des Pflegeregresses.
3. Genehmigung für Breitband-Internetkomplettlösung auf Glasfaser NMS und VS Riedau.
4. Bericht des Obmannes des Familienausschusses betreffend „familienfreundliche Gemeinde“.
5. Bericht des Obmannes des Kulturausschusses.
6. Bericht des Obmannes des Wohnungsausschusses.
7. Bericht des Bürgermeisters.
8. Allfälliges.

TOP. 1.) Beratung und Beschlussfassung betreffend Sanierung des Verbandssammlers (RHV).

Der Vorsitzende gibt den Sachverhalt bekannt:

Bei der Sitzung des Reinhaltungsverbandes am Dienstag, 7.11.2017 wurden Prozentsätze für die Finanzierung des Verbandssammlers festgelegt. Vertreter der Fraktionen waren anwesend. Diese Prozentsätze sind im Gemeinderat zu genehmigen.

Vorangegangen zu dieser Sitzung des RHV war eine Besprechung der Bürgermeister:

Nächstes Jahr wollen wir den Gehweg nach Dorf bauen, dort befindet sich aber der Verbindungskanal von Dorf bis zur Kläranlage in Zell an der Pram mit einer Gesamtlänge von 7,7 km. Der RHV hat diesen Verbindungskanal prüfen lassen, welche Sanierungen erforderlich sind, dazu liegt der Auftrag des Landes vor. Der gesamte Kanal ist in den nächsten zwei, drei Jahren zu sanieren. Es gibt eine Einigung im Reinhaltungsverband, dass der Teilabschnitt, in welchem sich der Gehweg befinden wird, zuerst saniert wird. Die Schwierigkeit war, wer zahlt welchen Anteil an der Sanierung. Riedau leitet erst ab Höhe Kraft in den Verbindungskanal ein, Taiskirchen ist weiter oben, Zell erst beim Altersheim. Der Vorsitzende gibt dazu einen kurzen Überblick und berichtet von der Lösung, die für alle vier Gemeinden passt. Dieser Prozentsatz ist dann verbindlich für den gesamten Verbindungskanal, auch für die späteren Sanierungen. Es gab dazu verschiedene Kriterien und Berechnungen betreffend: wie Gesamtlänge, den Bereich, wo jemand angeschlossen hat, den Anteil der Zulieferungen, teilweise das Alter der Anlage und noch weitere Parameter. Bei der ersten Berechnung hatte Riedau nur 17 % Anteil, damit waren aber die anderen Gemeinden nicht einverstanden, weil Riedau die meisten Anschlüsse hat. Letztendlich wurde ein Kompromiss gefunden, welcher für alle vertretbar ist. Dazu ist zu sagen, man muss dieses Projekt von folgendem Gedankengut anschauen: wir sind eine Verbandsanlage und da ist auch dieser Gedanke zu berücksichtigen. Die Verhandlungen waren nicht ganz einfach, aber bis zur Sitzung des RHV wurde ein Prozentsatz festgelegt. Die Gemeinde Dorf hatte es natürlich am Schwersten, denn sie ist an der ganzen Länge beteiligt und hätte zuerst einen Prozentsatz 60 % gehabt. Das ist natürlich für die Gemeinde Dorf unerschwinglich bei geschätzten Gesamtkosten von 1,3 Mio Euro. Das jetzige Teilstück beläuft sich auf 440.000,- Euro, die restlichen Arbeiten werden nach Bedarf saniert.

Aufteilungsschlüssel lt. Beschluss im Reinhaltungsverband:

Dorf/Pram	47 %
Taiskirchen	20 %
Riedau	22 %
Zell/Pram	11 %

Der Bürgermeister stellt dies zur Diskussion.

Nachdem es keine Wortmeldung gab, stellt der Bürgermeister den Antrag, den zur Kenntnis gebrachten Aufteilungsschlüssel zu beschließen. Er lässt mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: alle 25 Gemeinderatsmitglieder stimmen diesem Antrag zu.

TOP. 2.) Genehmigung einer Resolution betreffend Abschaffung des Pflegeregresses.

Der Vorsitzende gibt den Sachverhalt bekannt:

Die Überschrift ist eigentlich falsch geschrieben, denn es soll nicht der Pflegeregress abgeschafft werden, sondern die Finanzierung anders geregelt. Die Kosten, die dieser Pflegeregress verursacht, soll nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. Die Berechnung ist eigentlich falsch; es wurde das Jahr 2016 herangezogen und dabei wurde nicht berechnet, dass zu diesem Zeitpunkt viele betreute Personen etwas zahlen mussten, damit aber das Vermögen nicht angegriffen wird, haben Angehörige gezahlt. Mit dem neuen Gesetz müssen diese nun aber nicht mehr zahlen, weil auf das Vermögen wird nicht mehr zurückgegriffen. Weiters wurde nicht berücksichtigt, dass es trotzdem noch einige Nettozahler gibt, die sich das leisten konnten. Wir bekamen die Aufforderung vom Land, dass alle Gemeinden eine Resolution beschließen. Sie wollen damit ein Gewicht haben, dass der Bund die Mehrkosten übernimmt. Der Entwurf der Resolution wurde zur Verfügung gestellt:

RESOLUTION

Die Abschaffung des Pflegeregresses ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit und verhindert eine Quasi-Enteignung im Falle einer Pflegebedürftigkeit. Die wichtigste sozialpolitische Maßnahme der jüngsten Vergangenheit könnte durch bevorstehende Mehrkosten für die Gemeinden in Frage gestellt werden. Der Gemeinderat der Marktgemeinde Riedau fordert die österreichische Bundesregierung auf, die den Gemeinden entstehenden Mehrausgaben durch die Abschaffung des Pflegeregresses, durch konkrete Gegenfinanzierungsmaßnahmen abzugelten.

Begründung:

Es kann nicht angehen, dass die Finanzierung einer sozialpolitischen Errungenschaft wie die Abschaffung des Pflegeregresses auf dem Rücken der Gemeinden abgeladen wird. Konkrete Gegenfinanzierungsmaßnahmen (z.B.: eine zweckgebundene Erbschaftssteuer für Erbsummen über 1 Mio. Euro) sind maßgebliche Bestandteile eines zukunftsfähigen soliden Finanzierungsmodells.

Gemeinderat der Marktgemeinde Riedau,
Riedau am

Der Bürgermeister stellt den Entwurf der Resolution zur Diskussion.

GR. Kopfberger: das Thema ist höchst aktuell, auch die Landesregierung hält sich an den Bund, damit beim Land nichts hängen bleibt, genauso geht es uns Gemeinden. Soweit er sich informiert hat gibt es auch einen Resolutionstext vom Gemeindebund. In unseren Unterlagen ist in der Begründung ein, er nennt es mal so, ein parteipolitischer Zusatz dazugekommen betreffend der Gegenfinanzierung. Er macht den Vorschlag, dass wir den neutralen Vorschlag vom Gemeindebund beschließen.

Bgm. Schabetsberger antwortet, die von ihm vorgelegte Resolution ist die offizielle Formulierung vom Gemeindevertreterverband und nicht vom Gemeindebund. Es steht im Verhältnis fast alles gleich drinnen, in der Begründung steht seitens des Gemeindevertreterverbandes drinnen, wo wir das Geld herbekommen könnten.

GR. Kopfberger berichtet, dass auch im Entwurf vom Gemeindebund eine Formulierung drinnen ist. Das ist aber eine allgemein gehaltene Formulierung, die andere Formulierung zielt aus Sicht der SPÖ Richtung Erbschaftssteuer usw.

Der Bürgermeister sagt, der Bund hat die Finanzierung zu beschließen und wenn GR. Kopfberger glaubt, das ist politisch, die ÖVP vertritt die Linie, dass es über eine Versicherung gemacht wird. Das wird von ihnen so nicht vertreten, also ist sie auch nicht unpolitisch.

GR. Rosenberger schlägt vor, streichen wir den Passus in der Klammer heraus.

In der anschließenden Diskussion wird dies von allen Gemeinderäten für gut befunden.

GR. Kopfberger stellt die Frage, richten wir die Resolution direkt an den Bund?

Bgm. Schabetsberger: nein, sie geht an das Land und die schicken die Resolutionen gesammelt an Bund weiter.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Resolution, so wie sie jetzt besprochen wurde mit der Streichung der Begründung zu beschließen. Er lässt mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP. 3.) Genehmigung für Breitband-Internetkomplettlösung auf Glasfaser NMS und VS Riedau.

Information lt. Amtsvortrag: Basierend auf den Richtlinien Digitalisierung in öffentlich allgemein bildenden oö. Pflichtschulen, dem Förderprogramm des Landes Oberösterreich für die Errichtung und Herstellung von ultraschnellen Breitband Glasfaser-Internet-Anschlüssen (ausschließlich auf Glasfaserbasis), hat Edu/network einen Lösungsvorschlag für den Anschluss der Bildungseinrichtungen VS und NMS Riedau übermittelt.

Edu/network wird den Förderantrag für die Gemeinde abwickeln.

Das Angebot umfasst Leistungen der BBI Breitbandinfrastruktur GmbH (Energie AG Telekom GmbH, Linz AG Telekom, E-Werk WelsAG) und der EDUCATION Group GmbH.

Die Lösung ist auch für die IP-Telefonie vorbereitet.

Die Errichtung der Anbindung in Riedau würde durch die Energie AG Telekom GmbH erfolgen.

Edu/network ist für Beratung und Vertrieb verantwortlich, die einzelnen Leistungen der Partner sind in der Netzskizze dargestellt.

Anschlussbandbreiten im Förderprogramm: Die Verbindung zum Schulprovider EDUGROUP erfolgt in einer eigenen sicheren Verbindung mit einer Bandbreite von 20 oder 25 Mbit/s für Volksschulen, für neue Mittelschulen oder Schulzentren wird ein Profil mit 100 Mbit/s angeboten. Darüber hinausgehend stehen im Bildungsnetzwerk OÖ nunmehr Bandbreiten bis zu 1000 Mbit/s zur Verfügung.

Der Vorsitzende berichtet, dass die Volksschule und Neue Mittelschule hätten gerne einen Glasfaseranschluss, diese Breitbandoffensive wird derzeit sehr gefördert. Derzeit gibt es eine 2/3-Förderung für den Internetausbau, ausgehend von einer Maximalsumme von € 21.000,-. Wenn wir als € 21.000,- investieren, bekommen wir € 14.000,- gefördert. Es ist ein Limit nach oben eingezogen.

Wir haben zwei Angebote vorliegen, es gab heute noch ein Gespräch mit Herrn Direktor, mit Vizebgm. Ruhmanseder und GR. Humer, weil die Linienführung noch nicht eindeutig ist. Es gibt dazu nun einen Verbesserungsvorschlag. Heute sollen wir den Grundsatzbeschluss fassen, dass wir den Breitbandanschluss wollen. Dann gibt es ein Gespräch mit Fa. Edu Network; sie müssen prüfen, ob unser Verbesserungsvorschlag auch durchführbar ist und zwar dass es eine Anbindung vom Pramtalsaal hinten direkt zum Serverraum gibt. Das wäre besser als die Innenführung wegen der 90°-Führungen. Weiters soll abgeklärt werden, dass das Kabel hinter dem Haus Wagner entlang des Weges und unterhalb des Hauses Leitner gelegt wird, dann wäre die Leitung auch nicht so lang. Einige Details sind also noch abzuklären. Es gibt auch Angebote vom Elektriker Spannlang; wenn wir bei der Lehrküche hereinkommen wäre es das vernünftigste. Wenn man beim Pramtalsaal hereinkommt, ist die Innenverkabelung sehr kompliziert. Darum gab es heute noch diese Besprechung. Er ersucht Vizebgm. Ruhmanseder um eine Wortmeldung.

Vizebgm. Ruhmanseder: das Hauptproblem ist, das günstigste Angebot wäre das erste Angebot mit ca. € 18.000,- bis € 19.000,-, Übergabestelle wäre die Mauer beim Eingang Pramtalsaal, wobei das Problem besteht, dass wir mit dem Glasfaserkabel nicht unter der Mehrzweckhalle bzw. oben drüber fahren können. Die zweite Idee war, dass man bei der Lehrküche hereinfährt, da gibt es aber mehr Mehrkosten für Grabungsarbeiten und deshalb sind wir auf die € 22.388,-. Bei der Fraktionssitzung machte GR. Humer darauf aufmerksam, dass es klüger wäre, gleich von unten vom Trafo herauf zu fahren und gleich Richtung Serverraum und das haben wir drei heute angeschaut. Das ist aber noch genau abzuklären und er sucht, dass heute der Grundsatzbeschluss gefasst wird, dass der Glasfaseranschluss gemacht wird. Mit Herrn Sageder soll genau die Trassenführung besprochen werden, das ist dann definitiv zu beschließen.

Der Bürgermeister ist der Meinung, der Beschluss könnte so gefasst werden, dass die günstigste Variante mit beschlossen wird. Wir müssen das im Budget vorsehen, rund 7.000 Euro.

Vizebgm. Ruhmanseder stellt den Antrag, dass für die Neue Mittelschule und VS Riedau ein Glasfaseranschluss genehmigt wird.

GV. Schmidseeder: was ist in Zukunft die monatliche Gebühr?

Vizebgm. Ruhmanseder: die monatlichen Kosten bleiben gleich, das sind € 280,--.

GR. Klugsberger: was ist das auf Seite 5 des Angebotes?

Vizebgm. Ruhmanseder: das ist für Sicherheitsmaßnahmen, die sind relativ teuer, aber Edu Network ist in diesem Fall „Platzhirsch und vom Land OÖ ist der als Partner vorgeschrieben. Diese Kosten kommen noch dazu.

Bgm. Schabetsberger: es können derzeit gleichzeitig bis zu 90 Schüler im Internet sein, da werden schon viele Daten „heruntergesaugt“. Er glaubt, die Schule soll immer wieder auf den neuesten Stand gebracht werden. Es betrifft das Globalbudget der Schule.

GR. Kopfberger hat eine Frage zum Angebot, es steht drinnen, die Volksschule ist mit weniger Bandbreite versorgt wird als NMS.

Vizebgm. Ruhmanseder: das stimmt, denn die brauchen auch nicht so viel wie die NMS.

Bgm. Schabetsberger: die Schulen machen sich aus, wer welchen Prozentanteil bekommt. Abschließend lässt der Bürgermeister über den Antrag von Vizebgm. Ruhmanseder mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vizebgm. Ruhmanseder erwähnt noch, dass kaum eine andere Schule in OÖ gibt wie wir, die eine derart gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde hat und auch eine derart tolle Ausstattung. Deshalb ein Dank an alle Gemeinderäte.

TOP. 4.) Bericht des Obmannes des Familienausschusses betreffend „familienfreundliche Gemeinde“.

Der Vorsitzende berichtet, dass Obmann Windhager heute entschuldigt ist und deshalb der Bericht durch GR. Klugsberger erfolgt.

GR. Klugsberger gibt den Bericht zur Sitzung des Familienausschusses am 10.10.2017 mit folgender Tagesordnung:

1) Familienfreundliche Gemeinde:

- a) **Zeitplan:** KICKOFF Termin mit SPES Familienakademie und interessierte Riedauer/innen (08.11.2017).
- b) **Werbungszettel:** Familienfreundliche Gemeinde.
- c) **Mitgliederwerbung:** Familienfreundliche Gemeinde.

2) Allfälliges.

Am 8.11.2017 erfolgte die Informationsveranstaltung, das Protokoll dazu haben alle bekommen. Gibt es dazu eine Frage?

GR. Kopfberger sagt, seine Meinung dazu ist, es war eine gelungene Veranstaltung. Es hat gut gepasst, dass der im Ausschuss entworfene Flyer in den Gemeindenachrichten drinnen war. Er war positiv überrascht von Teilnehmerstruktur. Die Referentin hat das Beste daraus gemacht in den Arbeitsgruppen. Das Protokoll ist eine gute Zusammenfassung der Themen. Bezüglich der Bürgerbefragung gibt es auch einen guten Ansatz, sodass es bis zum nächsten Termin am 24.1.2018, Meinungen sammeln. Es wurde vereinbart, dass Sperl Ernst die Auswertung der Fragebögen macht. Sie sollen bis vor Weihnachten eintreffen. Es wird jetzt ein Postwurf gemacht. Er macht eine Befragung bei den Pensionisten, weiters gibt es eine gezielte Befragung in den Schulen und im Kindergarten. Wenn wir 80 bis 100 Fragebögen zurückbekommen, dann kann man sich schon ein Bild machen.

TOP. 5.) Bericht des Obmannes des Kulturausschusses.

Vizebgm. Ruhmanseder gibt einen Bericht zur Sitzung des Kulturausschusses am 7.11.2017 mit folgender Tagesordnung:

Nikolausauffahrt,
außerordentliche Vereinsförderungen 2017 und
Allfälliges.

GR. Kopfberger sagt, er hat sich angeschaut die Situation der neuen Vereinen im Vereinsregister. Ein Verein hat seinen Vereinssitzung in Zell/Pram, er soll ordnungshalber den Sitz in Riedau anmelden.

Bgm. Schabetsberger erklärt, er wird es ihnen sagen, dass sie bei der nächsten Jahreshauptversammlung dies ändern.

GR. Schärfli findet keinen Sinn darin, es gibt z.B. den Imkerverein Zell-Riedau, es sind sicherlich bei diesem genannten Verein, er weiß nicht um welchen es sich handelt, Riedauer Mitglieder dabei.

GR.Kopfberger: es gibt einen Pensionistenring Zell-Riedau, da weiß man, dass der Sitz dieses Vereines in Riedau ist. Es wäre nicht in Ordnung, wenn irgend ein Verein herkommt und der Vereinssitz ist in Linz.

Der Bürgermeister wiederholt nochmals, er wird sicherlich bei der nächsten Jahreshauptversammlung eingeladen und wird ihnen mitteilen, dass sie mit den neu gewählten Mitgliedern auch den Ort ändern sollen.

TOP. 6.) Bericht des Obmannes des Wohnungsausschusses.

Obmann GR. Payrleitner gibt einen Bericht zur Sitzung des Familienausschusses am 13.11.2017 mit folgender Tagesordnung:

1. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 40, Wohnung Nr. 20 2. Stock, (1 Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **80,89 m²** (vormals S*** B**).

2. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 40, Wohnung Nr. 18 1. Stock, (1 Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **80,89 m²** (vormals F** und Z***).
3. Vergabe einer Mietwohnung im BETREUBAREN ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Marktplatz 84-85, Wohnung Nr. 7 im Erdgeschoß; Nutzflächenausmaß **56,24 m²** (vormals S**** M**).
4. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 45, Wohnung Nr. 8 2. OG, (kein Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **54,38 m²** (vormals P***** B****).
5. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 45, Wohnung Nr. 7 2. OG, (1 Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **72,41 m²** (vormals S***** C***).
6. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 41, Wohnung Nr. 5 1. Stock, (kein Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **59,19 m²** (vormals W***** G****).
7. Allfälliges.

Der Bürgermeister gibt zur Berichterstattung unter Allfälliges folgendes bekannt:

Der Sachverhalt ist folgender: beiden Wohnblöcke, einer davon ist ja schon gebaut, wurden gleichzeitig bauverhandelt und zwar mit einem ganz bestimmten Hintergrund. Schon damals wussten sie, dass es bei der Wohnbauförderung Abänderungen geben wird. Erst heute hat er bei Herrn Lindinger angerufen und ersucht, dass er sich den Plan für den noch nicht gebauten Wohnblock anschaut. Er wird ihn gerne nochmals anschauen, aber er sieht nicht viele Möglichkeiten bezüglich der Quadratmeter etwas zu ändern. Die einfache Begründung ist, dass es damals noch möglich war, einen „kleinen“ Wohnblock mit 9 Wohnungen zu genehmigen, bei den derzeitigen Richtlinien ist die kleinste Wohnblockgröße 15 Wohnungen. Unter 15 Wohnungen wird kein Wohnblock mehr gebaut. Sollte die Gemeinde Riedau nun eine Abänderung wünschen, muss uns klar sein, dass dieses Projekt gefallen ist, weil 15 Wohnungen sind dort nicht möglich. Er versucht eine Änderung bei den Wohnungsgrößen, er darf aber auf keinen Fall die Abmessungen ändern, denn sobald es einer neuen Baubewilligung bedarf, ist es gefallen. Es gibt also relativ wenig Spielraum und drittens sagt er, sie haben als Wohnbauträger eine Verantwortung und Verpflichtung, einen bestimmten Quadratmetersatz nicht zu unterschreiten. Bei 9 Wohnungen ist es schon kritisch, dass es nicht überschritten wird. Sollten die Quadratmeter jetzt herunterfallen, müssten sie noch weniger Baukosten haben, aber das ist mit Sicherheit nicht möglich. Er macht gerne nochmals Berechnungen und er ist gerne bereit, bei der nächsten Wohnungsausschusssitzung das zu erklären.

GR. Rosenberger: wann wird gebaut?

Bgm. Schabetsberger: die Gemeinde hat diese Woche ein Schreiben erhalten, dass der Wohnungsbedarf zu einem bestimmten Stichtag zu melden ist. An diesem Stichtag müssen entsprechend viele Ansuchen da gewesen sein, das können wir nicht beeinflussen. Wenn wir die Zahl nicht erreichen, wird der Bau zurückgereiht. Ansonsten möchten sie nächstes Jahr mit dem Bau beginnen. Ursprünglich war es für heuer vorgesehen, da wir erhielten im Frühjahr ein Schreiben, dass sie um Fristverlängerung für die Baubewilligung ansuchen. Erst wenn sie das Schreiben der Mittelfreigabe des Landes erhalten, beginnen sie mit dem Bau.

GR. Dick: werden auch die leer stehenden Wohnungen berücksichtigt?

Bgm. Schabetsberger: es geht hier um die Wohnungswerber zu einem bestimmten Stichtag.

GR. Payrleitner erwähnt eine Liste von Hr. Schärfl, GR. Eichinger versteht nicht, warum wir dann leer stehende 80 m² Wohnungen haben.

Bgm. Schabetsberger antwortet darauf: es gibt Gründe; teilweise haben sie ein Alter, wo der Erhaltungsbeitrag II schon schlagend wird und das ist umgerechnet € 1,- pro Quadratmeter. Bei einer 70 m²-Wohnung zahlt man von heute auf morgen € 70,- mehr. Weiters, weil die Wohnverhältnisse gerade nicht so sind wie sie sein sollen. Aber mit Ende Jänner müsste sich das alles erledigen. Er möchte aber dazu sagen, das hat nichts mit Ausländern zu tun.

GR. Dick: aber dann haben wir die alten Wohnungen da, weil alle in den neuen Wohnblock wollen. Da werden wir einmal ein Problem bekommen.

Problem sieht der Bürgermeister darin nicht.

GR. Desch: mit kleinen Wohnungen fahren wir besser. Aber reden wir mit Hr. Lindinger.

Bgm. Schabetsberger: sobald ein Termin festgelegt ist, wird er Herrn Lindinger anrufen. Einer der Verantwortlichen hat ihm einmal in einem Gespräch gesagt: es ist ihm egal, wenn bei 10.000 Wohnungen fünf leer stehen. Für den Bürgermeister ist es besser, wir bekommen mehr günstige Wohnungen und es steht dann vielleicht eine Wohnung leer, damit hat er kein Problem. Es gibt die neue Tendenz bei älteren Personen mit einem Haus, dass sie eine Wohnung wollen; diese Wohnung soll ein Kinderzimmer haben, im Falle, dass sie ein Pflegefall werden und das Kinderzimmer für die Pflegerin da ist.

TOP. 7.) Bericht des Bürgermeisters.

Der neue Entwurf betreffend Busverkehr Fahrplanentwurf 2018/19 wurde heute per mail an alle Gemeinderatsmitglieder zugeschickt. erhalten. Der Bürgermeister ersucht diese Pläne anzuschauen, Verbesserungsvorschläge sind jetzt noch möglich. Es gab dazu im Vorfeld schon mehrere Gespräche betreffend den Busverkehr für die Schüler. Es wird künftig mehr größere Busse geben, der kann dann aber nicht mehr zur NMS fahren; der größere Bus ist anstelle eines zweiten Busses. Bezüglich der Lehrlinge erhalten auch die Firmen Zuschriften, sie sollen die Arbeitszeiten so festlegen, dass es auch für die Lehrlinge passt. Auch die Schulen sollen ihre Schulbeginnzeiten dementsprechend festlegen.

GR. Kopfberger. Dieses Thema ist bereits zehn Jahre alt, er war schon damals bei der Bezirksgruppe dabei. Die Hauptverbesserungen betreffen hauptsächlich Bereich Sauwald mit Münzkirchen und Kopfing, usw., wo es zusätzliche Busverbindungen geben wird. Riedau am südlichen Ende betrifft es fast gar nicht. Diese Regelung gilt für das gesamte Innviertel, damals haben wir uns nur mit dem Bezirk Schärding beschäftigt. Am Bahnhof Ried soll neues Busterminal gebaut werden in Abstimmung mit den ÖBB. Die Abstimmungen auf die Strecke Wels-Passau ist bereits vor Jahren passiert, jetzt kommen noch Busverbindungen dazu. Es beschäftigt sich nun bereits der vierte oder fünfte Landesrat mit diesem Verkehrskonzept und es kommt nun hoffentlich zu einem guten Ende.

Die Siedlungsstraße Pomedt wird jetzt fertiggestellt, es gibt noch eine kleine Terminverschiebung. Die Fa. Swietelsky hat den Termin bekanntgegeben, dass der Grader am 27.11.2017 anfängt. Der spätere Grund ist der Hausbau eines Anrainers. Die Baustellenfirma kennt den Termin, sie darf dann zwei Wochen lang mit keinem LKW mehr fahren, damit die Graderung nicht mehr kaputt wird. Folgendes ist noch aufgetaucht: unsere Arbeiter waren der Meinung, dass es besser ist, Selflabel-Kanaldeckel einzubauen anstelle der vorhandenen Schachtabdeckungen. Er hat ein mail an die Vorstandsmitglieder geschickt und die Rückmeldungen sind eher negativ, weil das Budget schon weit überschritten ist. Es wären nochmals zusätzliche € 11.000,- gewesen und das werden wir nun nicht mehr machen. Die einzige Gefahr ist, dass im Laufe der Jahre gewisse Kanaldeckel „herauswandern“ können, die müssen dann wieder tiefer gesetzt werden. Es ist ein Kostenfaktor, alleine in dem Bereich, wo wir jetzt asphaltieren sind es 37 Kanaldeckel, im gesamten Straßenbereich sind es dann noch zusätzlich 9 Kanaldeckel.

GR. Klugsberger. Wenn ich aber in drei Jahren 37 Deckel sanieren muss?

Bgm. Schabetsberger: nein, alle Deckel wandern nicht heraus. Durchschnittlich werden im Jahr 3-4 Kanaldeckel abgesenkt, andere haben Beschädigungen usw.

GR. Klugsberger: deshalb hat sich auch die Zellerstraße verschoben?

Bgm. Schabetsberger: grundsätzlich ja; es gibt aber noch einige private Asphaltierungen und er wird Fr. Schwar von Fa. Swietelsky anrufen, ob die Asphaltierung der Zellerstraße da mitgemacht wird. Der

Bürgermeister erkundigt sich bezüglich des Schachtdeckels bei der Liegenschaft Klugsberger.
Gestern bekamen wir ein Schreiben betreffend der SHV Umlage, es gibt eine Erhöhung von € 551.000 auf € 603.000.
Der Voranschlagserlass noch nicht da, dann wird es eine Besprechung mit den Fraktionsführern geben.
Der Bürgermeister gibt einen Überblick zur Voranschlagserstellung und Finanzierung Neu.

TOP. 8.) Allfälliges.

GR. Tallier: sie wurde gefragt, ob die Geburtengutschein nicht mehr ausgeteilt werden.

Bgm. Schabetsberger: doch, aber in einer anderen Form. Er möchte da etwas umstellen. Aber die Gutscheine werden noch ausgeteilt.

GR. Ebner findet, dass selbst Geschenke den Gemeindegürgern nicht mehr passen.

GV. Heinzl: die Schaukästen beim Gemeindeamt sind viel zu hoch, man kann nicht alles lesen. Sie ersucht, dass Schotter aufgebraucht wird.

GR. Rosenberger: wie ist der aktuelle Stand beim Weg in Kellerleiten?

Bgm. Schabetsberger: die Fahrverbotstafel ist auf die andere Straßenseite umstellen, die Verordnung ist in Kraft. Es gab schon zwei Gespräche mit Anrainer.

GR. Rosenberger: wer hat den Abstand der Poller am Marktplatz festgelegt?

Bgm. Schabetsberger: den Abstand hat er festgelegt, aber es ist noch nicht fertig. Es kommt zwischen die Poller noch ein Granitwürfel als Sitzgelegenheit.

GV. Schmideder: es wird geredet, dass beim Grund C**** ein Wohnblock gebaut wird.

Bgm. Schabetsberger: dieses Grundstück hat ein Immobilienmakler gekauft von Herrn S***** aus Dorf. Dieser hat angesucht, dass er dort einen mehrgeschoßigen Wohnbau errichten möchte. Laut unserer Bauordnung steht dem Nichts entgegen. Wenn er genügend Bewerber hat, wird er das machen. Derzeit schaut es aber nicht danach aus. Er hat einen Plan genommen, den es schon von einer Nachbargemeinde gibt. Er fängt nicht früher an, bevor er genügend Interessenten hat. Es sind nämlich Eigentumswohnungen und die muss er zuerst einmal anbringen. Der Immobilienmakler ist aus Grieskirchen. Es läuft nicht direkt über C****.

GV. Schmideder hat die Anregung, das im Jahr 2018 mehr Bauausschusssitzungen gemacht werden.

GV. Arthofer: bisher gab es keine vorliegenden Angelegenheiten, vor Weihnachten wird noch eine Sitzung gemacht.

GV. Schmideder: ist die Flächenwidmungsplanänderung in Arbeit?

Bgm. Schabetsberger: dies wird wahrscheinlich auf dieser Sitzung des Bauausschusses drauf sein.

GR. Desch: ist es richtig, dass die Fa. Leitz in Schwaben etwas umwidmen möchte?

Bgm. Schabetsberger: wir wissen, dass sie etwas wollen; sie müssen sich entscheiden, wollen sie es einseitig- oder zweiseitig, auch die Parzellierung ist offen.

GR. Eichinger: anscheinend bekommen nur Firmenangehörige ein Grundstück.

GR. Dick: ist das Kanalnetz ausreichend?

GV. Arthofer: wo Schroll Andreas sein Wohnhaus hat, dort ist der Kanal schon reingelegt. Es muss nur erweitert werden.

Bgm. Schabetsberger: von der Erschließung her ist es optimal, wir bekommen mit den möglichst geringen Baukosten wieder Baugründe, weil alles vorhanden ist.

GR. Eichinger: beim Workshop haben sich die Leute beschwert, dass beim Pramweg die Hunde immer frei herumrennen, für Familien mit Kleinkindern ist dies unangenehm. Kann man hier etwas machen?

Bgm. Schabetsberger: die Leinenpflicht besteht. Auf öffentlichen Plätzen gibt es auch die Maulkorbpflicht. Das beste Mittel wäre, wenn jeder, der dort geht, die Courage hätte die Hundebesitzer anzusprechen, dass sie den Hund an die Leine nehmen.

GR. Dick: das betrifft aber auch den Hund von Herrn St**** am Marktplatz, denn diesen Hund fürchten die Leuten wirklich; kann man etwas unternehmen, wenn die Türken am Pramweg unterwegs sind mit Kinderwagen und drei Kindern, wenn man auf sie zugeht, keiner dieser Personen weicht aus. Alle entgegenkommenden Personen müssen auf die Wiese ausweichen. Es entsteht in folgende eine Diskussion betreffend Hundeführung.

GR. Klugsberger ersucht, dass das Geschwindigkeitsmessgerät in der Bahnhofstraße und Zellerstraße Richtung Zell aufgestellt wird. Bei der Pointkreuzung gibt es immer wieder Autofahrer, die mit quietschenden Reifen in die Kurve fahren.

GR. Rosenberger: kann man die Bezirksstraße optisch durch Radstreifen verkleinern?

GR. Mitter: Was ist angedacht für den Spielplatz Pomedt? Es wurde etwas abgebaut, aus welchen Gründen auch immer und die Böschung ist weg und somit kein Schutz mehr zur Straße, früher gab es Sträucher. Kann man den Eltern zumuten, dass sie selbst auf die Kinder aufpassen, dass sie nicht auf die Straße laufen oder kann man wieder Sträucher ansetzen. Ist angedacht die Rutsche wieder aufzustellen. Es war verantwortungslos, dass die Rutsche zuerst wild hingestellt wurde ohne Befestigung. Er möchte wissen, was passiert jetzt weiter.

Bgm. Schabetsberger: Der Spielplatz wird wiederhergestellt sobald wir mit der Straße fertig sind. Die Böschung war vorher zu steil, um mit dem Rasenmäher zu mähen, wir mussten alles händisch mähen mit einem enormen Zeitaufwand. Jetzt können wir mit Rasenmäher fahren. Die Rutsche kam weg, weil dort abgebaggert wurde. Erst wenn das Straßenniveau fertig hergestellt ist kann auch die Rutsche wieder aufgestellt werden. Überlegt wird dort ein Löschwasserbehälter für die Feuerwehr zu bauen, weil wir mit den Hydranten nicht auskommen. Damit könnte der alte Siedlungsteil Pomedt und der neue Siedlungsteil gut versorgt werden. Dieser Löschwasserbehälter kann aber auch noch zwei oder drei Jahre dauern. Bezüglich Sträucher ist er für alles offen, er wird mit den Nachbarn Kontakt aufnehmen und fragen was sie wollen.

GR. Payrleitner berichtet, in England sind alle Spielplätze mit Baustahlgitter eingezäunt.

GR. Heinzl hofft, dass heute die Fa. Luksch im Fitnessstudio war.

AL Gehmaier erklärt, es gab heute einen Anruf von Fr. Ecker und es wurde heute erledigt. Eine Pumpe war kaputt.

GR. Dick: weiß man etwas betreffend die Straße MPG?

Bgm. Schabetsberger: wir haben heute erst die fixe Höhe der MPG bekommen, heute gab es ein Gespräch mit Büro Oberlechner; sie adaptieren den Plan für die Straße, denn wir müssen wissen, wo hoch müssen wir heraus. Dann wird es ausgeschrieben und gemacht. Bevor wir von ihnen nicht Höhe haben, können wir nichts planen. Bezahlt wird es von den Beiträgen der Fa. MPG, das ist ein eigenes außerordentliches Projekt, wo seine Beiträge bereits verbucht sind.

GR. Dick: die linke Halle baut er nicht?

Bgm. Schabetsberger: die linke Halle baut er derzeit noch nicht, deshalb haben wir um € 17.000 weniger Einnahmen.

GR. Dick: wir kommen dann mit dem Geld aus?

Bgm. Schabetsberger: je nachdem, wie weit wir die Straße bauen, sicherlich aber nicht bis zur Fernstraße. Vom Plan her ist Einfahrt nun 12 Meter weiter nach hinten verlegt worden; zuerst hatte er die Einfahrt bereits nach 10 Meter geplant, das wurde ihm ausgedeutet, den er kann nicht mit LKWs im Kurvenbereich stehenbleiben. Ein weiteres Argument ist, er wusste bis jetzt die Höhe nicht. Wenn er die Einfahrt so weit vorne gemacht hätte, wäre die Straße so weit heraußen gewesen, dass er das andere Grundstück über eine „Schupfen“ hätte erschließen müssen, weil dies zwei Meter unter dem anderen Niveau ist. Jetzt bekommt er eine Steigung von der Straße zur Halle von 95 cm. Zuerst wären es nur 60 cm gewesen, aber das wäre sich zu dem anderen Grundstück nie ausgegangen. Er möchte dort eine 6 m hohe Halle machen und er muss vom jetzigen Niveau noch 2 Meter tiefer hineinfahren. Das neue Billa-Gebäude ist die Obergrenze. Er darf nicht höher werden als die Billa.

GR. Payleitner: wo hat die Fa. MPG das Rückhaltebecken für Löschwasser? Wenn wir dort einen Einsatz haben, das Löschwasser rinnt wo hin?

Bgm. Schabetsberger: die Firma hat in der Produktionshalle eine wasserdichte Wanne, die ist 30 cm hochgezogen, nicht beim Bürogebäude. Im Brandfall sammelt sich das Löschwasser in der Halle in dieser Wanne, vom Bürogebäude rinnt es über den Asphalt in den Gully. Das wurde vom Bezirksbauamt festgelegt.

GR. Klugsberger: zwei seiner Nachbarn haben größere Fahrzeuge und zwar K***** und B*****. Wenn bei ihm jemand parkt, können sie nicht mehr vorbei. Kann man es in der ISG bewußt machen, dass dort nicht geparkt wird?

Bgm. Schabetsberger: wir geben dort ein Parkverbotsschild hin, derzeit ohne Verordnung. Gerade heute war Herr Buchegger da, es bleibt ein Bewohner vom Nachbarhaus stehen und wenn er in der Früh für die Anlieferung hat, behindert ihn dieses parkende Auto. Längerfristig werden wir dort die befestigte Fläche noch verlängern, das werden wir machen wenn es passt. Seine Angestellten können bei der Anlieferung um 05:30 Uhr nicht alles händisch tragen, sondern fahren mit einem Wagerl, darum geht es.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die vorherige Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 06.07.2017 wurden keine - folgende - Einwendungen erhoben:

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzungen um 22.41 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

.....
(Schriftführer)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden - über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde und diese Verhandlungsschrift daher im Sinne des § 54 (5) OÖ. Gem0 1990 als genehmigt gilt.

Riedau, am

Der Vorsitzend (SPÖ):

.....
Bürgermeister Franz Schabetsberger

.....
ÖVP Vizebgm. Schmidseider

.....
FPÖ Vizebgm. Ruhmanseder

.....
SPÖ GV. Arthofer

.....
GRÜNE Rosenberger

